

Diesen Artikel finden Sie unter: <http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/550559/deutschland-die-republik-der-einwanderer>  
Ausgabe: Neue Osnabrücker Zeitung  
Veröffentlicht am: 25.02.2015

*NOZ-Agenda Migration*

## Deutschland - die Republik der Einwanderer

von Redaktion



**Osnabrück. Mehr Zuwanderer aus immer fernerer Ländern und fremderen Kulturen: Mit dieser Perspektive muss sich die deutsche Gesellschaft dauerhaft anfreunden. Das hält Migrationsforscher Klaus J. Bade für unausweichlich. Deutschland schлüge damit das nächste Kapitel seiner langen Einwanderungsgeschichte auf.**

1,23 Millionen Menschen zogen im Jahr 2013 aus aller Welt nach Deutschland – so viele wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr. Diese Zahl hat Innenminister Thomas de Maizière (CDU) im Januar zusammen mit dem aktuellen Migrationsbericht (<http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/539947/keine-islamisierung-des-abendlandes-zuwanderer-kommen-aus-eu>) der Bundesregierung vorgelegt. Ein Anstieg, der sich nach Ansicht von Experten fortsetzen wird – und muss.

„In einer demografisch vergreisenden und schrumpfenden Gesellschaft ist die Sicherung von Wohlstand, Sozialsystemen und Rentenbezügen wesentlich von Zuwanderung abhängig“, sagt auch Migrationsforscher Bade. Im Gespräch mit unserer Redaktion betonte er aber auch, dass viele Bürger diese Tatsache „bis heute nicht zureichend verstanden“ hätten. Für den emeritierten Osnabrücker Geschichtsprofessor ist das einer der Hintergründe der Pegida-Proteste – und zugleich ein schweres Versäumnis der Politik.

Die tue zu wenig, um den Bürgern die Angst vor Zuwanderung zu nehmen. „Politik hat hier eine unerfüllte Bringschuld“, kritisierte Bade. Deutschland habe zwar das offenste Zuwanderungsrecht der westlichen Industriestaaten geschaffen, aber in der Bevölkerung nicht genug geworben. Man sei „mit Siebenmeilenstiefeln der öffentlichen Diskussion davongeeilt“ und habe die Bürger ratlos zurückgelassen.

Die Angst der Pegida-Sympathisanten vor einer kulturellen „Überfremdung“ des Landes wird dabei durch die aktuellen Zahlen nicht untermauert. Laut Migrationsbericht stammten 2013 drei Viertel der Einwanderer aus EU-Ländern. Auch den Vorwurf mangelnder Integrationsbereitschaft widerlegt die Statistik: Und laut der jüngsten Volkszählung von 2011 waren in Niedersachsen gut zwei Drittel der Menschen mit Migrationshintergrund deutsche Staatsbürger.

Deren oberster Interessenvertreter sieht Deutschland nach einem späten Start nun auf dem Weg zu einer Gesellschaft, für die Einwanderung selbstverständlich ist. „Seit dieses Land festgestellt hat, dass es mehr Arbeitskräfte von außen braucht, kommen wir beim Thema Integration endlich voran“, sagte Abdou Ouedraogo, Vorsitzender des niedersächsischen Integrationsrates. Von der Politik wünscht er sich jetzt „ein klares Ja-Wort“ zur Zuwanderung (<http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/548435/mehrheit-lehnt-einwanderung-aus-nicht-eu-landern-ab>). Entscheidend sei aber, wie die Gesellschaft auf die neuen Migranten reagiere. „Ziel muss sein, dass sie als Menschen willkommen sind, und nicht nur, weil wir sie für unsere Wirtschaft brauchen“, mahnte Ouedraogo. Diese Botschaft sei „an der Basis noch nicht bei allen gut etabliert“.

Die jüngsten Bekenntnisse fast aller Parteien zur Einwanderung und das offensive Werben um hoch qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland reichen auch Bade nicht aus. Glaubwürdig werde das erst, „wenn den Bürgern mutig deutlich gemacht wird, dass wir auf weite Sicht immer stärker auf Zuwanderung aus Drittländern, aus anderen Kulturen weit jenseits von Europa angewiesen sein werden“.

Dass derzeit vor allem Arbeitnehmer aus der EU nach Deutschland ziehen, ist für Bade nur eine Übergangserscheinung: „Wir sind am Arbeitsmarkt Profiteure der Krise in den Herkunftsländern. Das wird nicht so bleiben.“ Weil es immer wichtiger werde, weltweit Menschen anzuwerben, brauche Deutschland ein umfassendes Einwanderungsgesetz (<http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/543863/merkel-will-einwanderungsgesetz-prufen>): „Ein paar Zuwanderungserleichterungen sind dafür nicht genug.“

Copyright by Neue Osnabrücker Zeitung GmbH & Co. KG, Breiter Gang 10-16 49074 Osnabrück  
Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung.